- gärtnerischen Produktionsgenossenschaften (GPG)
- bäuerlichen Handelsgenossenschaften (BHG)
- Produktionsgenossenschaften werktätiger Binnenfischer (PwF)
- Betrieben der Staatlichen Komitees und der Vereinigungen Volkseigener Betriebe (WB) im Bereich der Landwirtschaft
- Gemeinschafts- und zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen der LPG und Kooperationsgemeinschaften.

Sie sind durch den anwendenden Betrieb quartalsmäßig gesammelt nachzuweisen und vom VEB Landbauprojekt zur Rückerstattung anzufordern.

(5) Im Sammelnachweis gemäß Abs. 4 sind anzuführen:

- Auftraggeber
- Rechnungsnummer und -datum
- Preis des Gesamtprojektes
- zu erstattende Anwendungsgebühr.

Die nachgewiesenen und angeforderten Anwendungsgebühren sind innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Anforderung dem Antragsteller zu überweisen.

§7

(1) Für komplexe Angebotsprojekte (nicht standortgebundene, komplette Projekte für Produktionsanlagen einschließlich bautechnischer, maschinenbautechnischer und landwirtschaftlich-technologischer Projekte) sind die Anwendungsgebühren in Prozent zum Gesamtpreis wie folgt zu berechnen:

Geplante Häufigkeit der Anwendung	Anwendungsgebühr
bis zu 5 Anwendungen	30 %
von 6 bis 10 Anwendungen	20 %
von 11 bis 20 Anwendungen	15 %
von 21 bis 30 Anwendungen	10 %
von 31 bis 40 Anwendungen	8 %
von 41 bis 50 Anwendungen	7 %
von 51 bis 70 Anwendungen	6 %
von 71 bis 100 Anwendungen	5 %
über 100 Anwendungen	4 %

(2) Die zu planende Anwendungshäufigkeit ist für einen Zeitraum von 3 Jahren auf der Grundlage der Bedarfsforschung von den Ingenieurbüros vorzuschlagen und durch die Leiter der ihnen übergeordneten Organe dem Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Bestätigung vorzulegen. Die Bestätigung der Anwendungshäufigkeit der Angebotsprojekte erfolgt in Abhängigkeit von der Erreichung der vorgegebenen Kennziffern und Parameter.

(3) Bei der Entwicklung eines Angebotsprojektes über eine Beispielsanlage setzt sich der Gesamtpreis zusammen aus:

- den Projektierungskosten für die Beispielsanlage
- + Kosten für die Überarbeitung zum Angebotsprojekt
- f 20 % Gewinn, bezogen auf die direkt zurechenbaren Lohn- und Gehaltskosten
- ./. Projektierungskosten für die Angleichung (Er- und Aufschließung) im Beispielsprojekt.

Wird ein Angebotsprojekt nicht über eine Beispielsanlage entwickelt, bilden die für die direkte Erarbeitung des Angebotsprojektes anfallenden Kosten zuzüglich Gewinnanteil den Gesamtpreis.

(4) Für das Projekt der Beispielsanlage ist die gleiche Anwendungsgebühr zu erheben wie für das daraus entwickelte Angebotsprojekt. Der § 6 dieser Anordnung ist dafür analog anzuwenden. Dem Investitionsauftraggeber sind die Preise für die Projektierungsleistungen für die örtliche Angleichung zu berechnen.

(5) Die Ingenieurbüros und die an der Herstellung eines Angebotsprojektes beteiligten Partner sind für die Überarbeitung des Projektes entsprechend der wissenschaftlich-technischen Entwicklung verantwortlich. Die dafür anfallenden Kosten sind aus den Anwendungsgebühren zu finanzieren.

(6) Von den für Angebotsprojekte von den Ingenieurbüros eingenommenen Anwendungsgebühren erhält nach vollständiger Abdeckung des Gesamtpreises (entsprechend Abs. 3) das verantwortliche Ingenieurbüro 10 %.

(7) Die verbleibende Summe der Anwendungsgebühren ist auf alle an der Entwicklung des Angebotsprojektes beteiligten Partner (einschließlich des verantwortlichen Ingenieurbüros) entsprechend ihrem Anteil sowie dessen Bedeutung zu verteilen. Die Anteile an den Anwendungsgebühren sind zwischen dem Ingenieurbüro und seinen Partnern zu vereinbaren und jährlich zu überweisen.

(8) Werden andere Einrichtungen mit der Ausarbeitung einschließlich dem Vertrieb komplexer Angebotsprojekte zentral beauftragt, so gelten für diese analog die Bestimmungen der §§ 6 und 7 dieser Anordnung.

Fondsbildung und -Verwendung

§ 8

(1) Außer den im § 16 der Anordnung vom 26. Juli 1967 über die Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in Ingenieurbüros für Rationalisierung im Bereich der Vereinigungen Volkseigener Betriebe festgelegten Fonds bilden die Ingenieurbüros für Landwirtschaftsbau einen betrieblichen Risikofonds.

(2) Der betriebliche Risikofonds ist in Höhe von 3 %, bezogen auf die Eigenleistungen, zu bilden.

(3) Im übrigen sind die Festlegungen der Anordnung vom 15. April 1965 über die Bildung und Verwendung des Risikofonds der volkseigenen bautechnischen Projektierungsbetriebe (GBI. III S. 51) analog anzuwenden.

(4) Über die Bildung, die Höhe und die Verwendung eines Risikofonds in den weiteren Ingenieurbüros im Bereich der Landwirtschaft entscheiden die Leiter der ihnen übergeordneten Organe.

§9

(1) Die Entlohnung der Mitarbeiter der Ingenieurbüros für Landwirtschaftsbau erfolgt unter Beachtung der spezifischen Bedingungen analog dem Rahmenkollektivvertrag vom 23. Dezember 1964 über die Arbeits- und Lohnbedingungen der Werk tätigen der volkseige-